

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 60 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Deckungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Leben heißt dienen, nicht dem und jenem, sondern wir uns gerade auszuweichen, sondern überhaupt auf jede Weise, in jeder Form, bei jeder Gelegenheit. Wir sollen nicht nur dienen, wo es uns gerade paßt und schmeckt, sondern jedem, der unser Bedarf, dem wir durch das Leben zugeführt werden. Ebensovienig wie wir leben können, ohne zu atmen, sollen wir leben können, ohne zu dienen, wo wir gerade gebraucht werden, und sollen das ganz unbefangenen, unbewußt, unangebildet, rücksichtslos und rücksichtslos.

Johannes Müller.

### Vertrauen gegen Vertrauen!

#### Vom Führertum in unserer Bewegung

Masse und Führer! Man braucht dieses Thema nur zu nennen, um an die mörderischen Kämpfe erinnert zu werden, die deswegen einst in der Sozialdemokratie ausgefochten wurden. Die Masse war nach der radikalen Ideologie der eigentlich handelnde Teil, die Führer sollten lediglich die Ausführer des Massenwillens sein. Wir haben es anders gehalten in unserer Bewegung, und das war gut so. Begründet jene alte radikal-sozialistische Auffassung nur ein Mißtrauensverhältnis zwischen Führer und Masse und verneint damit jede wirkliche Führerautorität, so war es in unserer Bewegung von je Gemeingut der breitesten Mitgliedermassen, daß nur ein wirkliches und echtes Vertrauensverhältnis zwischen Führern und Geführten und darauf sich aufbauende wahre Führerautorität zum Guten führen könne. Der Erfolg hat uns recht gegeben. Wenn trotz aller grundsätzlichen Umwälzungen der letzten Jahre unsere Bewegung ihre äußere und innere Einigkeit und Geschlossenheit restlos gewahrt hat, so verdankt sie dies sicher nicht zuletzt ihrer Eigenart in der Behandlung des Führerproblems. Aber seien wir ehrlich! Manche Erläuterungen hat die Nachrevolutionzeit doch in das Bild gebracht. Gewiß nur vereinzelt, aber doch immerhin vereinzelt ist auch in unseren Mitgliederversammlungen das häßliche Wort von den „Bonzen“ laut geworden. Das braucht nicht allzu tragisch genommen zu werden. Schlimmer ist, daß die Zahl der Kur-Kritiker und Kur-Kämpfer nach ziemlich übereinstimmendem Urteil allgemein größer geworden ist. Mit ihnen setzt sich der Vorherrscher unserer christlichen Eisenbahngewerkschaft, der Kollege Gutschke, in seinem Verbandsorgan auseinander. Wir glauben, daß seine Ausführungen auch unseren Mitgliedern manches zu sagen haben und setzen sie deshalb hierher.

„Heute, wo über den deutschen Arbeitnehmer die Hungerpeitsche des EntenteKapitals geschwungen wird, heute, wo im Innern trostlose Hoffnungslosigkeit auf allen Gebieten die Stunde beherrscht, heute, wo sich die verpönte Revolution von Anno bazumal zu einer großen Wirtschaftspalette nach innen und zu einer ebenso großen nationalen Palette nach außen hin ausweitet, scheint der Zeitpunkt gekommen, wo einmal recht offen über das Thema von „Führer und Masse“, und zwar von unserem Standpunkte aus, geredet werden kann und muß.“

„Zum ersten Male, seit ich in der Bewegung stehe, sei es mir gestattet, im „Jah“-Tone Rede zu stehen. Zugleich im Namen aller freigestellten Kollegen in der Bewegung, ja, bedingt auch im Namen aller ehrenamtlichen Funktionäre, die tagaus tagein ihre selbstlose und opferreiche Mitarbeit leisten.“

„Was bindet mich an unseren „Laden“? Mein Gehalt? Ach du lieber, es ist mäßig. Als zwanzigjähriger Handwerker war ich bereits Nebenältester und Fachschullehrer mit einem sehr guten Einkommen. In meinem Beruf geblieben, wäre ich bestimmt nicht der arme Teufel von heute. Dasselbe können sicher alle Gewerkschaftssekretäre von sich sagen. Ich kenne ihre Lebensgeschichte. Es waren durchweg tüchtige, erstklassige Kerle in ihrem Beruf!“

„Oder haben es mit die politischen „Ehren“ angeht? Bisher blieb ich davon verschont. Ich habe nicht den Ehrgeiz, die gewerkschaftliche Eisen-

bahner- und Staatsbedienstetenbewegung als Sprungbrett für irgendeine „Karriere“ zu benutzen. Und genau so denkt die Gesamtheit der in der G. b. E. freigestellten Beamten. Alles Kerle, die bestimmt nicht dümmere sind als unsere heutigen in der Mehrheit von der linken Koalitionspartei gestellten politischen Minister, Oberpräsidenten, Regierungs- und Landräte, einschließlich ihrer nach Hunderten zählenden Anwärter.“

„Ein Familienleben wie die Mehrzahl unserer Mitglieder kennen wir nicht. Der Nachmittagsabend, den wir für andere verteidigen, existiert für uns nicht. Unter 12-14 Stunden und mehr täglich händigt kein richtiggehender Gewerkschaftssekretär sein Aufgabenpensum. Von Sonntagruhe ist natürlich keine Rede. Ungezählte Nachfahrten erhalten die „Oberbonzen“ als Extravergnügen gratis. Vorzeitig verbrauchen wir unsere körperlichen und geistigen Kräfte.“

„Und trotzdem hatten wir durch! Auch in schwerer Zeit. Warum gilt's für uns heute mehr denn je arbeiten und nicht verzweifeln?“

„Weil wir weder Soldner noch Mietlinge sind.“

„Wir glauben an die Kraft der sittlichen Ideenwelt, die unsere Arbeit und unsere Bewegung trägt. Wir wissen schließlich auch, daß die Zweckbestimmung des Menschengeschlechtes eine andere, höhere ist, als die einer Herde Ochsen. Wir sind überzeugt, daß unser Leben reich und erfolgreich war, wenn es uns innerhalb eines Menschenalters, vereint mit allen Gutgesinnten, gelingt, den Wagen der Menschheit nur einen Schritt vorwärts zu schieben.“

„Und schließlich: Wir verzagen nicht, weil wir auf Grund dieser unserer inneren Einstellung auch an das deutsche Volk, seine Sendung und seine Wiedergeburt, und insfolgedessen auch an die Sendung und an die Zukunft einer aus deutschem Volksthum herauswachsenden sittlich und ideell eingestellten Arbeitnehmerbewegung glauben.“

„Ein Hundeleben“ führt ein Gewerkschaftsführer, ein Gauleiter, ein Bezirkssekretär, ein örtlicher Funktionär und Vertrauensmann. Wie oft muß ich es hören.“

„Ein wertvolles, inhaltsreiches Leben sage ich, wenn wir die rechte innere Einstellung zu unserem Amt haben. Wir erheben stolz unser Haupt: Wir waren keine „Reklamantengewerkschaft“. Wir denken an die Treue unserer Mitarbeiter ihrer Aufgabe gegenüber.“

„Bei diesem Gedanken soll ein neues festes Band zwischen Führern und Mitgliedern geschlossen werden. Zusammenhalten und Durchhalten in schwerer Zeit.“

„Ein fester, von einer starken Überzeugung getragener Wille von Führern und Funktionären, vereint mit dem Massenwillen der Mitglieder, wird nicht nur unsere Stellungen behaupten, nein, sie auch im Denken und Wollen der Kollegen befestigen und über dieses Ziel hinaus die wackelnden feindlichen Bollwerke niederlegen.“

### Poliere und Angestelltenversicherung

„Im Herbst 1921 hatte sich unsere Reichsvereinigung der Poliere, Werk- und Schachtmeister mit einer Eingabe an den Reichstag gewandt, zu beschließen: 1. daß die Poliere des Baugewerbes gleich den Werkmeistern und Betriebsleitern den Bestimmungen des § 133a der Gewerbe-Ordnung unterstellt werden; 2. daß die Eingabe der Poliere in die Angestelltenversicherung recht bald erfolgt.“ Diesen Forderungen ist durch die kürzlich erfolgte Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte in vollem Maße Rechnung getragen worden.“

„Der § 1 des Gesetzes lautet: „Für den Fall der Erwerbsunfähigkeit (§ 15) und des Alters, sowie zugunsten der Hinterbliebenen, werden Angestellte nach den Vorschriften dieses Gesetzes versichert, insbesondere 1. Angestellte in leitender Stellung, 2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehörenden oder höheren Stellung“ usw. usw.“

„Unter diese Ziffer 2 fallen nunmehr auch die Poliere. Denn in dem Berichte des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages über die Beratung des Angestelltenversicherungsgesetzes heißt es auf Seite 13 hinsichtlich des § 1: „Ausschuß und Regierung waren sich darüber einig, daß folgende Berufsgruppen unter den § 1, Ziffer 2 fallen werden“; Nun folgt eine ganze Liste von Berufsgruppen, darunter „a) Bodenmeister auf Speichern, Forstmeister, Sägemeister, Braumeister, Brennmeister, Ziegelmacher, Poliere, Markenkontrollanten.“

„Daraus folgt eindeutig, daß der Gesetzgeber die Poliere zu den „Betriebsbeamten, Werkmeistern und anderen Angestellten in einer ähnlich gehörenden oder höheren Stellung“ rechnet, und daß sie somit der Angestelltenversicherung und natürlich auch dem § 133a der Gewerbe-Ordnung unterstehen.“

### Aufstieg oder Niedergang?

#### Ein ernstes Wort zu den Betriebsratswahlen\*)

„Ein erheblicher Teil der deutschen Arbeiter befindet sich zurzeit in einer wenig erfreulichen Geistesverfassung. Der Druck der wirtschaftlichen Not, der auf unserem Volke lastet und der nicht zuletzt die Arbeiterchaft trifft, hat anheimelnd auch die geistige Einstellung stark beeinflusst.“

#### Radikalismus und Indifferentismus

„haben in der deutschen Arbeiterchaft starken Eingang gefunden. Sie bedrohen nicht nur den sozialen Fortschritt der Zukunft, sondern wirken auch zerstörend auf das in der Vergangenheit für die Arbeiterchaft Erreichte. Während der Radikalismus keinen anderen Ausweg aus den Nöten der Zeit kennt, als alles zu zerbrechen, glaubt der Indifferentismus der Arbeiterchaft empfehlen zu müssen, nichts zu tun, da „ja doch alles zum vergeblich“ sei.“

„Mit einer solchen geistigen Einstellung erreicht die Arbeiterchaft nicht ihr Ziel, befreit sie sich nicht aus den Fesseln wirtschaftlicher und seelischer Not. Nur der Glaube an den Sieg des Guten, an dessen allmähliche Durchsetzung, an die Notwendigkeit intensiver Arbeit, verleiht das, was der Arbeiterchaft zu ihrem Ziele frommt: den Willen zur Tat, den Willen zu treuer Pflichterfüllung und zum Ausbilden in mühevoller Tätigkeit.“

„Wer dem Radikalismus oder dem Indifferentismus verfallen, der ist der beste Helfer von-

#### Scharfmachertum und sozialer Reaktion.

„Man sehe sich nur einmal um, und überall findet man, daß die Scharfmacher sich als die Herren der Situation gebärden. In sehr weitem Maße zeigt sich im Arbeitgeber-tum ein Mangel an sozialen Verständnis, zeigt sich der Mangel, alle sog. „sozialen Erzeugnisse“ der Arbeiter zu beseitigen.“

„Die Verhandlungen über die Lohngestaltung werden von Tag zu Tag schwieriger und für die Arbeiter unerschwinglicher; die Frage der Arbeitszeit rückt, wenn vom Nachmittagsabend die Rede ist, nur noch auf ein mitleidvolles Lächeln. Ganz besonders aber richtet sich das Scharfmachertum in seinen Bestrebungen

#### gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Wirtschaft.

„Eine sehr große Anzahl Syndikate und Juristen sind an der Arbeit, um das geltende Arbeitsrecht so zu verdrängen und so zu gestalten, daß möglichst nur noch ein Unternehmerrrecht übrig bleibt.“

„In der schärfsten Weise wird der Kampf geführt gegen das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. Die Vorhaben radikaler Arbeitervertreter werden dabei zum Wortband genommen. Aber den Radikalismus nimmt man vielfach zum Wortband, um auch die vernünftigen Arbeiter zu entrichten. Ein Kerngeheimnis ist bei den Scharfmachern alles, was deren Alleinherrschaft hindert. Man will wieder wie es früher hieß: „Herr im Hause sein“. Und diesem Willen arbeiten Radikalismus und Indifferentismus in der Arbeiterchaft geradezu in die Hände.“

„Wer wagt etwa zu behaupten, daß die antisozialen Strömungen so stark geworden wären, wenn die Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit mit kühlem Verstand und warmem Herzen das tut, was ihr frommt!“

\*) Das Baugewerbe hat ebenfalls Betriebsratswahlen nicht (siehe § 1 des Baugewerbestimmungsgesetzes für das Baugewerbe). Wir geben den obigen Text des Gesetzeswortes der christlichen Gewerkschaften wieder im Hinblick auf den nicht unerheblichen Teil unserer Mitglieder, der in betriebsräte- und kommissionen wählen befaßt ist und also auch für die Betriebsratswahlen in diesen Betrieben in Betracht kommt. Es ist zu wünschen, daß die Mitglieder der Baugewerkschaften von allen Mitgliedern ernst beachtet zu werden.

Niemals wird es möglich sein, der Arbeiterschaft den Aufstieg und den Weg zur Gleichberechtigung zu verstreuen, wenn sie in gleicher Weise

**Gewerkschaften und Betriebsräten**

die Treue hält. Aber hier fehlt's. Statt der gemeinsamen Arbeit sieht man zuviel an Kritik, die die gutgemeinte Tätigkeit verleidet, sieht Teilnahmslosigkeit und Verzagttheit! So aber kommen wir nicht zum Ziel.

Was not tut, ist klare Erfassung der Aufgaben der Arbeiterschaft. Nicht Schlagworte gegen den Kapitalismus, nicht die Forderung der Sozialisierung der Wirtschaft verbessern ihr Los! Es muß die Einsicht kommen, daß nur aus der Mitbestimmung in der Wirtschaft durch die Arbeiterschaft dieser das erwächst, was sie sucht: Der Kampf gegen den Kapitalismus muß einmünden in die Subjektivierung des Kapitals für eine den sittlichen Ansprüchen gerecht werdende Wirtschaft. Der Kampf um die Wirtschaft darf nicht sein ein Zerstückeln der Wirtschaft, sondern ein Mitbestimmenwollen. Niemand aber ist die Wirtschaft zu beherrschen durch die Erregung von äußerer Macht. Die Beherrschung der Wirtschaftsprobleme ist in stärkstem Maße eine Frage des geistigen Könnens. Das geistige Können aber kann nicht erlumpft, sondern nur erarbeitet werden.

**Die Betriebsratsmitglieder**

Ich die Vertreter der Arbeiter, die in erster Linie in der praktischen Erfahrung das Rüstzeug gewinnen müssen, mittels dessen die Wirtschaft zu verstaatlichen ist und das Wohl der lohnarbeitenden Menschheit gefördert werden kann. Wer die Arbeit der Betriebsräte nicht sucht und nicht sucht, wer keinen Anteil daran nimmt, oder wer zu spät, daß ungeeignete Arbeitervertreter tätig sind, der verurteilt sich an den

**Interessen seines Standes.**

von heute auf morgen kann auch kein Betriebsrat die Menschheit glücklich machen. Aber wo im Betriebsrat sich ernter Wille mit solidem Können paart, da wird dem Fortschritt der Weg bereitet. Langsam nur geht in der Menschheitsgeschichte die Entwicklung weiter und langsam nur führt auch die Betriebsratsstätigkeit zum erstrebten Ziel. Das ist immer zu bedenken.

Wer aber den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Arbeiterschaft will, wer nicht zu jenen zählen mag, die in geistiger Trägheit verjunken „Gottes Wasser über Gottes Land laufen lassen“, der begünne seine Tätigkeit nicht mehr der Kritik an den Betriebsräten, sondern wirke bereits mit bei deren Wahl.

Wer nicht wählt, der ist mitschuldig, wenn zu spät der Abbau der Betriebsräte verlangt und mit dem geringen Interesse der Arbeiter an den Wahlen begründet wird.

Wer nicht wählt, der ist mitschuldig, wenn der Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen wird, sich die in der Betriebsratsstätigkeit gesammelten Kenntnisse anzueignen und damit zur wirklichen Wirtschaftsbherrscherung zu kommen.

Bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen kann so für jeden klarschauenden Arbeiter nur die Parole gelten, die den sicheren sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg verhängt.

Wer will, daß Charakterfestigkeit und Wirtschaftswissen den Betriebsräten eigen sein sollen, wer will, daß Arbeit und Kapital in den Dienst des Gemeinwohls gestellt werden, wer will, daß die Arbeiterschaft mitbestimmende Trägerin der Wirtschaft werden soll, der wähle die **Stimmen der christlich-nationalen Arbeiterschmerzbewegung des Deutschen Gewerkschafts-Bundes.**

**Das Wirtschaftsjahr 1922**

**a) Allgemeines**

Die deutsche Wirtschaft stand im abgelaufenen Jahre im Zeichen des christlichen Versuchs einer Erfüllung der uns durch den Vertrag von Versailles und die nachfolgenden Konferenzen und Diktate auferlegten Reparationsverpflichtungen. Da eine Herabsetzung der Reparationslasten auf ein für die deutsche Wirtschaft ertäglicheres Maß im Verhandlungswege nicht zu erreichen war, mußte nach Lage der Dinge das Reparationsprogramm so weit erfüllt werden, wie die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands reichten. Es war von vornherein klar, daß die durch den Krieg und die Reparationsleistungen in den vorangegangenen Jahren stark geschwächte Wirtschaft schon nach kurzer Zeit an jenen Punkte angelangen würde, wo beim besten Willen die Möglichkeit weiterer Reparationszahlungen nicht mehr gegeben war. Es sind gewiß bis zur Erreichung jenes Zeitpunktes der offensiblen Zahlungsunfähigkeit sehr schwere Opfer gebracht worden. Die Verschönerungen, die auf dem Gebiete des WährungsweSENS, der Staatsfinanzen, der gewerblichen Produktionskraft und nicht zuletzt der physischen Kräfte unseres Volkes entstanden sind, lassen sich nur teilweise in Ziffern ausdrücken. Wir werden noch manches Jahr unter den Folgen dieses ungeheuren Drucks zu leiden haben. Der Zweck ist jedoch, wie der Tendenzumkehrung in der hohen Politik am Jahresabschluss zeigt, erreicht worden. Die Welt und sogar die unerbittlichsten unserer früheren Kriegsgegner, wurden vom aufrichtigsten Friedenswillen Deutschlands und von der Unmöglichkeit einer Fortsetzung der bisherigen Reparationspolitik überzeugt. Dieser Erfolg ist teuer erkauft, er bedeutet aber einen Wendepunkt in der Weltgeschichte und den Ausgangspunkt einer vernünftigen Liquidierung der Kriegsschäden und dies trotz oder vielmehr gerade wegen der Befestigung des Ruhrgebietes.

Da die ungeheuren Barzahlungen und Sachleistungen für Reparationszwecke auch nicht entfernt in angemessenem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Kräften Deutschlands standen, die überdies durch die früheren Gebietsabtretungen, durch den Verlust der Handelsflotte und durch die Abtrennung der wertvollsten Teile Oberschlesiens noch besonders geschwächt wurden, so mußte die Erfüllung sich in einem sichtbaren Verfall der Staatsfinanzen und Währungsverhältnisse auswirken. Die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes hat sich dementsprechend im abgelaufenen Jahre von Monat zu Monat kritischer gestaltet. Auf den ersten Blick scheint die eigentliche Wirtschaftslage das Gegenteil zu beweisen! Unter dem Einfluß der Reparationsjunktur und des Ausverkaufs deutscher Sachwerte am das Ausland hat sich der Beschäftigungsgrad fast aller Zweige unserer Industrie außerordentlich lebhaft gehandelt, die Arbeitslosigkeit ging im Höchstmaß auf ein bisher noch nie beobachtetes Minimum zurück. Die Dividenden der Aktiengesellschaften erreichten in vielen Fällen 50 bis 100 Prozent des Nominalkapitals, und an der Börse wurden Spekulationsnotizen, die abgesehen von ähnlichen Vorgängen in Wien, an den Weltbörsen bisher noch kein Gegenstück gefunden haben. Man muß aber berücksichtigen, daß Arbeitslöhne, Dividenden, Wertpapierkurse und Warenpreise in der sich bis zum Dezember fortgesetzt entwertenden Papiermarkt gezahlt wurden und das deshalb die Ziffern der Wirtschaftslage, wenn man sie auf Goldmarkt zurückführt, ein weitestgehend anderes Bild ergeben müssen.

Der Hochkonjunktur in der gewerblichen Warenherstellung hafteten alle Symptome eines die letzten Kräfte verzehrenden Fiebers an. Die Verarmung Deutschlands kam in den letzten Monaten des verfloffenen Jahres bereits deutlich in der sich immer mehr ausbreitenden

Stodung des Warenabfahes im Inlande zum Ausdruck. Die ganze deutsche Wirtschaft, war seit Jahr und Tag auf eine fortschreitende Marktentwertung eingestellt. Weber die Industrie noch der Handel rechneten für die nächste Zukunft mit einem Rückschlage der Valutatankunktur. Man ging deshalb bereits in verschiedenen Branchen dazu über, auch im Inlandsverehr Geschäftsabschlüsse nur noch auf der Grundlage von Edelmetallen oder Goldmarkt zu tätigen. Dabei wurde übersehen, daß die ausländische Konkurrenz unter dem Druck einer schon seit Jahr und Tag andauernden Weltmarktkrise alles aufbot, um die Ueberbrennung des internationalen Marktes mit billigen deutschen Waren abzuwehren, und daß auch im Inlande durch die enorme Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse eine beträchtliche Schwächung der Konsumkraft der Bevölkerung eingetreten ist.

Noch ehe die Reparations- und Anleihefrage auf der letzten Londoner Konferenz in ihr kritisches Stadium trat, war die deutsche Valutatankunktur erschüttert. Die Abkühlungen am Warenmarkt, die rasch fortschreitende Kapital- und Kreditkrise und die sich häufenden Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen bildeten den Beweis dafür, daß die Valutatankunktur bereits an ihren eigenen Ursachen zugrunde ging. Durch die neueste politische Wendung hat sich die Stagnation in Handel und Wandel naturgemäß verschärft, da angesichts der unklaren politischen Lage und der damit zusammenhängenden ungeheuren Devisenschwankungen ein Disponieren kaum noch auf den nächsten Tag möglich ist. Erst mit der Klärung des Reparations- und Anleiheproblems wird die deutsche Wirtschaft wieder festen Boden unter die Füße bekommen. Abdam wird auch neue Unternehmungslust unter normalen wirtschaftlichen Bedingungen sich wieder entwickeln können. Am Beginn des neuen Wirtschaftsjahres steht allerdings zunächst die wirtschaftliche Krise, ungeheuerlich verschärft durch die Ruhrbesetzung, vor uns. In diesem Fegeseuer werden wir hoffentlich von den Schladen und Parasiten der ungeunden Valutatankunktur befreit werden.

(Fortsetzung folgt.)

**Entscheidungen des Haupttarifamtes**

**Sitzung vom 5. und 6. Januar 1923**

**Entscheidung Nr. 1** (Antrag Nr. 5) betreffend rüdwirkende Kraft der Ferienbestimmung:

Der Antrag, festzustellen, daß diejenigen Bauarbeiter, welche am 1. August, dem Tage des Inkrafttretens des Reichsttarifvertrages, nicht mehr bei dem gleichen Arbeitgeber beschäftigt waren, noch von dem früheren Arbeitgeber Urlaubsberechnung beanspruchen können, sofern sie nur am 15. Mai die Wartezeit ihm gegenüber erfüllt hatten, wird abgelehnt.

**Gründe:**

Der Reichsttarifvertrag ist erst am 1. August 1922 in Kraft getreten. Die Bestimmung des § 9 Nr. 1, daß für gewisse Arbeiter die Ferienberechtigung schon am 15. Mai eintreten solle, erscheint bei dem Sinne und der Fassung des § 9, insbesondere gegenüber den Worten „bei dem gleichen Arbeitgeber beschäftigt sind“ nicht hinreichend klar, um daraus auf eine Rückwirkung im Sinne des Antrages schließen zu können. Im übrigen wird auch auf § 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 betreffend Tarifverträge verwiesen.

**Entscheidung Nr. 2** (Antrag Nr. 8) betreffend Ferienbewährung bei Teilnahme des Arbeiters an einem nicht tarifwärtigen Streik:

**Das Reich muß uns doch bleiben!**

Das weisheitsvolle und kluge Politiker längst vorausgesehen, ist reuige Billigkeit geworden: Frankreich hat das Herz der deutschen Industrie in gewalttätiger Weise befehlt. Jenes Gebiet, das den Lebensnerv des deutschen Volkes bildet, in welchem unzählige Schornsteine beredtes Zeugnis ablegen für die rastlose Arbeit handertausender geschäftiger Hände, jenes Gebiet, das für unsere ganze Volkswirtschaft so unendlichen Wert besitzt, ist auf ganz scharfe Fei von französischen und belgischen Truppen besetzt worden. Hunderte und Tausende von Danks, Panzertruppen und Maschinengewehre wurden mitgeschleppt, um ein wehrloses Volk mitten bei der friedlichen Arbeit zu verhaften. Das deutsche Empfinden und das deutsche Herz schreit sich förmlich auf bei dieser neuen schrecklichen Ungeheuerlichkeit Frankreichs. Und der Grund des Vorgehens: Weil die Reparationskommission angeblich deutsche Bergwerke hauptsächlich der Kohlen und Holzlieferungen festsetzte. So behauptet nämlich Kommissar, der französische Ministerpräsident. Aber kein Deutscher wird im Grunde den Franzosen dieses Wankens glauben. Die angeblichen Bergwerke bilden nur einen Vorwand und sind so geringfügiger Natur, daß man sich darüber läutig machen könnte, wenn die Geschichte nicht so bitter, bitter erst für uns wäre. Kein, nicht das angebliche Verstoßen Deutschlands bildet die Ursache, sondern der tiefer Grund liegt lediglich darin, daß Frankreich, welches schon immer nach dem Ruhrgebiet strebte, nun die Stunde für gekommen hält, um seinen schon lange vorbereiteten Plan zur Eroberung zu bringen. Frankreich will sich dieses reichsten deutschen Industriegebietes bemächtigen, um was dadurch für alle Zeiten wirtschaftlich und politisch so rief anzuwenden. Kurz, gesagt, um ein 20-Millionen-Volk zu verarmen zu lassen. Wir wollen uns klar darüber sein: Die Forderung der französischen Plan, dann hätte das Deutsche Reich aufgehört zu existieren, jedenfalls wäre keine politische Einheit geblieben. Aber möge sich der Franzose nicht

täuschen. Noch geben wir die Hoffnung nicht auf. Wer in diesen Tagen des französischen-belgischen Einmarsches Zeuge der gewaltigen vaterländischen Stimmung und Kundgebungen war, dem schlug das Herz wieder höher. Es war etwas Erhebendes, die tiefe Ergreiftheit in aller Augen zu sehen. Ob Arbeiter (mit Ausnahme der Handvoll Kommunisten), oder Kapitalist, ob Arm oder Reich, ob Herr oder Knecht, alle durchzuckte das fürchterliche Weh, das bittere Unrecht, das man uns Deutschen erneut antat. Und in mächtigen Absorden erschollen spontan überall die alten herrlichen Fieber: „Deutschland, Deutschland, über alles“, „O Deutschland hoch in Ehren“ oder „Es braunt ein Ruf wie Donnerhall“ zum Himmel. Ja, es geht eine heilige Begeisterung und stilles Erneuerung durch die deutsche Lande, es geht ein neuer Geist durch unser Volk! Jeder fühlt instinktiv, daß wir Deutsche nun erst recht als ein einzig Volk von Kindern zusammenstehen müssen, um diesen Schlag der Franzosen und Belgier zu parieren. Freilich, an einem Widerstand mit Waffengewalt ist nicht zu denken. Aber mit immer, positiver und würdevoller Haltung wollen wir im neubefesteten Gebiet den eingebrungenen Fremdlingen zeigen, daß wir, obgleich wehrlos, dennoch nicht ergriffen sind. Unsere Reichsregierung gibt uns das beste Beispiel. Ebenso sehen im Ruhrgebiet Zehentbesitzer und Bergleute auf dem Standpunkt, erst die Truppen zurückzugeben, eher wird keine Kohle geliefert und sonstige Reparationsleistungen gemacht. Da Frankreich selber den Schandvertrag von Versailles gezeichnet, haben wir als Deutsche keine Verantwortung, dessen Bestimmungen noch inne zu halten. Aber wie dem auch sei, für uns im Ruhrgebiet bildet die Besetzung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine geradezu erschreckende Aussicht. Bei uns herrscht eine solche erdrückende Notwendigkeit, daß die einzelnen Kommunen bisher schon fast nicht mehr ein und aus können. Nun kommt noch die Besetzung hinzu. Zuerst sind die Truppen in Schulen, Ecken, Privatwohnungen und Hotels untergebracht. Der Schandvertritt leidet bereits empfindlich darunter. Da es aber damit sein Bewenden haben wird?

Ich möchte es bezweifeln. Das Rheinland, die Rheinpfalz und das Saargebiet geben uns ein Beispiel davon. Gar bald werden allerhand Ansprüche an die einzelnen Verwaltungsbeamteten gestellt werden. Wohnungen für Offiziere und Verwaltungsbeamteten müssen errichtet werden. Und um das Maß voll zu machen, werden auch zahlreiche Kasernen entstehen. Woher das Geld dafür genommen wird, ist der Besatzungsbehörde gleichgültig. Unsere Kollegen sagen vielleicht, dann haben wir Bauarbeiter auch Arbeit. Gewiß, das ist richtig. Aber ist es nicht blutiger Hohn, für solche Bauten, überhaupt für den ganzen Besatzungsraum so unendliche Summen zu verschwenden, während auf der anderen Seite unser armes geknechtetes Volk in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bitteren Not leidet? Und erst die Lebensverhältnisse, wie werden die sich gestalten? Bereits merken wir es. Seit der Besetzung sind die meisten Artikel des täglichen Bedarfs um mehr als die Hälfte im Preise gestiegen. Also auch nach der Seite gehen wir schweren Zeiten entgegen. Wie es auch kommen mag. Wir im neubefesteten Gebiete, an der Ruhr stehen nach alter Bestialenart nach wie vor treu zu unserem geliebten Vaterlande. Mit Gewalt können wir unser Schicksal nicht ändern. Aber zeigen werden wir den Fremdlingen, daß wir echte Deutsche sind. In der Gefahr und Not zeigt sich die Größe eines Volkes. Noch ist nicht aller Tage Abend und bestimmt kommt für uns auch nochmal eine andere Zeit. Wir wollen, wenn auch mit zunehmend gebissenen Zähnen, im Verein mit der gesamten Bevölkerung den Franzosen zeigen, was ein Volk, das noch eine Ehre hat, zu leiden imstande ist. Mit unerschütterlicher, altbewährter Treue zu unserem deutschen Vaterlande, wie auch zu unserem lieben christlichen Bauarbeiterverbände, wollen wir als ganze Männer die Schmach ertragen in dem Bewußtsein, daß der Lenker der Weltgeschichte einstmals auch für unser geknechtetes Volk die Stunde der Befreiung und Erlösung schlagen läßt. Deshalb soll unsere Rücksicht sein: Treu deutsch fröhlich, steht und für alle Zukunft.

Die Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts Schwerin vom 16. November 1923 wird zurückgewiesen.

Gründe:

Weder die Teilnahme des Arbeitnehmers an einem nicht tarifswidrigen Streik, noch die darauf erfolgte Entlassung durch den Arbeitgeber sind im Sinne des § 9 Ziffer 2 des Reichstarifvertrages Gründe, die der Arbeitnehmer zu vertreten hat.

Entscheidung Nr. 8 (Antrag Nr. 20a) betreffend Ferienberechtigung bei Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer.

Die Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer ist in der Regel als solche kein Fall, der durch § 9 Ziffer 2 Abs. 2 des Reichstarifvertrages gebietet wird, der den Arbeitgeber zur Verweigerung der Ferien berechtigt, sofern der Urlaubsanspruch spätestens bei Aushändigung der Papiere geltend gemacht wird.

2. Löst der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis unter Umständen, die den Arbeitgeber berechtigen würden, den Arbeitnehmer aus Gründen zu entlassen, die dieser zu vertreten hat, so ist die Verweigerung der Ferien berechtigt.

Entscheidung Nr. 9 (Antrag Nr. 22) betreffend Ferienbewährung bei Ferienzeit und Entlassung wegen langanhaltenden Frostes.

1. Ferienzeit im Winter wegen langanhaltenden Frostes hat als Unterbrechung des Ferienanspruchs nicht zu gelten.

2. Ist wegen solchen Frostes Entlassung erfolgt, so hat bei Wiedereinstellung des Arbeitnehmers die Zwischenzeit gleichfalls als Ferienzeit im Sinne des § 9 Ziffer 4 des Reichstarifvertrages zu gelten, sofern der Arbeitnehmer in dieser Zeit kein anderes Arbeitsverhältnis eingegangen war.

Zu Antrag Nr. 10 betr. Ferien für Lehrlinge, waren die gemäß Beschluß vom 5. Januar benannten Auskunftspersonen erschienen. Außerdem wurde noch Herr Dr. Claus benannt. Die Herren Paepow, Dr. Krause-Rehmer, Dr. Schütz, Schönfelder, Dr. Claus und Geh. Rat Dr. Hausmann, wurden zur Sache eingehend gehört.

1. Es soll nochmals Beweis erhoben werden, und zwar darüber: Welche Verhandlungen und Vereinbarungen sind zwischen den Parteien über Einbeziehung der Lehrlinge in den Reichstarifvertrag getroffen worden? Durch Vernehmung der Herren Paepow und Lehens in der nächsten Sitzung.

2. Den Vertragsparteien wird aufgegeben, bis zur nächsten Sitzung gemeinsam festzustellen, ob der Reichstarifvertrag ungeachtet dieser Differenz als zustandekommen anzusehen ist oder nicht (vergl. § 155 B. G. B.).

Die Vertreter der Parteien sind sich im übrigen einig, daß trotz der Differenzen das Haupttarifamt weiter tagen soll, solange die Frage Nr. 2 nicht verurteilt ist.

Allgemeine Rundschau

Hemmungen der Volksgemeinschaft

Soll man, im Zeitpunkt der Aufrückkehr, noch beweisen, daß einig, geschlossenes Zusammenstehen und Zusammenhalten erstes und wichtigstes Erfordernis für unser Volk ist? Dennoch: die sozialen Gegensätze sind härter geworden. Gefährliche innere Spannungen belasten dieses Augenblick, der, darüber herrscht wohl nirgends ein Zweifel, der gefährvollste in der deutschen Geschichte aller Zeiten ist.

Woher kommt das?

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, stellt diese Frage und beantwortet sie wie folgt:

Der allgemeine und Hauptgrund dafür ist die Not, die Ungewißheit unserer Zukunft. Der Versailles Vertrag und das Drum und Dran lastet schwer auf uns. Wir fühlen, es geht abwärts. Was wir uns gestern noch leisten durften, müssen wir uns heute verlagern. Eine Unsicherheit und Nervosität erfasst unser Volk wie nie zuvor, eine lähmende Ungewißheit liegt auf allen Gesichtern. Der Ausblick in eine helle Zukunft ist uns verhangen. Jeder von uns ist ganz erfüllt von den Sorgen des Augenblicks und von den Nöten der Stunde. Wie komme ich über den nächsten Tag? Das ist die nervöse Frage, die immer wieder gestellt wird, und auf die es keine sichere Antwort gibt. Die Not steigt. Und Verbissenheit und Mißmut ergeben sich aus dem Hunger und dem Elend unserer Tage, und Zweifelsucht und Mißtrauen aus der allgemeinen Unsicherheit. Und die Bitterkeit gegeneinander wächst, und die Spannungen in unserem Volke vertiefen sich. Schauen wir auf die Arbeiterklasse. Da wächst die Mißstimmung von Tag zu Tag. Es ist ein Irrtum, etwa zu glauben, daß sie das Ergebnis einer radikalen Agitation sei. Wir hatten Zeiten, da der Radikalismus der Rede nicht minder groß war als heute. Aber die Arbeiterklasse hörte nicht in dem Maße darauf. Heute ist sie empfänglicher dafür. Warum? Weil die täglichen Eindrücke und Erlebnisse radikal auf sie einwirken. Die wirtschaftliche Not wirkt zersetzend. Nur noch eine sehr dünne Schicht der Arbeiterklasse kann sich einigermaßen helfen. Die Masse droht. Darf buchstäblich und verelendet! Wie kann eine Normalfamilie — Vater, Mutter, einige Kinder — diese Not- und Mißstände bezahlen? Gerade in den ärmeren Familien, da, wo die Mittel am nötigsten wäre, gibt's am wenigsten. Welcher Familienvater kann noch die anreizenden Preise für Kleidung, Schuhe, für Schuhe aufbringen? Es redet gar mancher davon und

Am 27. Januar 1923 ist der vierte Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

beklagt, daß er von der Substanz seines Vermögens lebe. Der Arbeiter zehrt von der Substanz seines Körpers. Und dabei besteht in weiten Kreisen der übrigen Bevölkerung noch die Illusion, dem Arbeiter gehe es relativ gut. Wenn man sich von dieser Illusion doch endlich einmal freimachen und nicht immer so dummes Zeug von den Lebensverhältnissen der Arbeiter herumreden und -schreiben wollte! Durch solches Gerede fühlen sich die Arbeiter noch obendrein behöhnt und provoziert. Zu dieser wirtschaftlichen Not kommt, daß die Arbeiterklasse wohl empfindet, daß in unserm Volke — wie in der ganzen Welt — antijohanne Stimmungen aufkommen. Der Arbeiter braucht ja nur die Tagespresse aufzuschlagen und nur auf seinen Steuerzettel zu blicken und Vergleiche anzustellen — dann sieht er gleich, wie die soziale Reaktion geistig und tatsächlich an Boden gewinnt. Eine freudige, direkt unfreundliche Stimmung gegen die Arbeiterklasse greift um sich und kommt in manchen unheimlichen und aufreizenden Reden zum Ausdruck. Und auch über das Schwenden ihres politischen Einflusses ist die Arbeiterklasse sich sehr wohl im Klaren. „Die Revolution liegt schon weit hinter uns.“ Das ist ein Wort, das im Volke umgeht. Die Freunde über die „rein bürgerliche“ Regierung zeigte sich auf manchen Gesichtern ja zu deutlich, als daß die Arbeiter nicht herausgehört hätten, daß mehr dahinter stand. Auch daß ein rein „bürgerliches“ Kabinett in gewissen Kreisen die Hilfe findet, die einem andern versagt wurde, macht die Arbeiter feig. So fügt sich eins zum andern, und jedes erhöht zu seinem Teil die Verbissenheit und Bitterkeit und verschärft die Spannungen und Gegensätze in unserm Volke, die uns lähmen und innerlich zerkleinen.“

Wir bekennen uns nach wie vor mit aller Entschiedenheit zum Gedanken der Volksgemeinschaft, wie er namentlich in unserem Kollegen Stegerwald einen begeisterten Interpreten gefunden hat. Wer weder der Kollege Stegerwald noch wir geben uns Illusionen hin über den Weg, der zu einer wirklichen Volksgemeinschaft führt. Die Volksgemeinschaft hat zur Voraussetzung den sozialen Ausgleich. Weil es heute noch am sozialen Ausgleich fehlt, deshalb macht die Volksgemeinschaft so geringe Fortschritte. Hier zeigt sich die Aufgabe, die der Arbeiterbewegung, und hier wieder ganz besonders unserer Bewegung, gestellt ist, eine Aufgabe von geradezu gigantischer Größe. Aber sie muß bewältigt werden. Das geht die Bewegung als Ganzes, das geht aber auch jeden einzelnen von uns an.

Die Zwangswirtschaft der Interessenten

In einem Artikel: „Freie Wirtschaft eine Konsumentenfrage — Brauchen wir ein deutsches Antitrustgesetz?“ schreibt der badische Landtagsabgeordnete Dr. Fähr im Handelsblatt der „Germania“ (Nr. 16):

„Es ist ein großer Irrtum, wenn man glaubt, der Kapitalismus, nicht als Wirtschaftssystem, sondern als ethische Wirtschaftsmethode, sei dem Verfall nahe und er liege im „Todeskampf“. Ganz im Gegenteil. Wir werden ihm eher auch nicht auf dem Wege des Sozialismus begegnen können. Der Sozialismus würde ja erst recht in die staatliche Zwangsregulierung hineinführen und die Konkurrenz der Betriebe ausschalten. Die Freiheit von der staatlichen Zwangsregulierung des Wirtschaftslebens wird wohl das Normale bleiben müssen. Aber der Staat kann und darf nicht ruhig zusehen, wie in dem Augenblick, wo er selbst den wirtschaftlichen Betrieben Freiheit gewährt, die Wirtschaft selbst sich diese Freiheit wiederum nimmt, eine Zwangsregulierung der Wirtschaft auf Kosten der Konsumenten schafft. Hier eingzugreifen auf dem Wege der Gesetzgebung wäre eine dringende Aufgabe unserer Regierungen und Parlamente. Die freie Wirtschaft ist nur dann tragbar für ein Volk, wenn sie reguliert wird durch das Prinzip des Wettbewerbs und der Konkurrenz. Wird dasselbe ausgeschaltet, so hört die freie Wirtschaft auf. In diesem Stadium befinden wir uns heute. Das Volk murren und bäumt sich auf. Es erkennt aber die Wurzeln des unglückseligen Systems von heute viel zu wenig. Wägen diese Zeiten eine Änderung sein, dieses Problem zu durchdenken und zu diskutieren, um einen Weg zu suchen und zu finden. Das es nicht einfach sein wird, versteht sich der Verfasser dieser Zeilen nicht. Auch ist er sich bewußt, daß in der Bekämpfung unseres Wirtschaftslebens nicht die einzige Wurzel der gegenwärtigen Mißstände zu suchen ist.“

Wir möchten einen Satz besonders unterstreichen: „Die freie Wirtschaft ist nur dann tragbar für ein Volk, wenn sie reguliert wird durch das Prinzip des Wettbewerbs und der Konkurrenz.“ Heute haben wir keine freie Konkurrenz. Das Privatmonopol regiert die Stunde. Die verhängnisvollen Fragen liegen offen zutage. Sie drängen sich aus in der wahnwitzigen Ausdehnung unseres Volks, die wir heute fast auf allen Gebieten beobachten. Es ist, auch darin können wir Dr. Fähr zu, eine dringliche Aufgabe der Gesetzgebung, hier regulierend eingzugreifen, wenn nicht unheilbarer Schaden für Volk und Land entstehen soll.

Der Dant vom Hause Moskau

Ueber die Hilfsaktion der sozialistischen Gewerkschaftsinternationale für die Hungernden in Rußland hat sich der Vorsitzende des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees, Kassin, wie folgt ausgesprochen:

„Die Amsterdamer Internationale zählt 20 Millionen Mitglieder, und wenn man sieht, daß diese 20 Millionen Mitglieder nur 22 000 Menschen ernähren, muß man zugeben, daß diese Zahl, mit unserem russischen Maßstab gemessen, ohne Frage klein ist. Wir müssen hier eingestehen, daß die ausländischen Gewerkschaften, oder besser gesagt, ihre Führer zurzeit gar nicht wollen, daß die Arbeiter Rußland helfen. Es ist möglich, daß die Generäle und Bongen der Gewerkschaften vorzüglich nicht helfen wollen und deshalb die Presse anschauen. Oder aber diese 20 Millionen Arbeiter glauben ihren Führern nicht, und mißtrauen ihren Generälen und zweifeln an der Aufrichtigkeit des Appells.“

Dazu bemerkt das Korrespondenzblatt der sozialistischen Gewerkschaften Deutschlands:

„So wird das Hilfswerk der europäischen Arbeiter von denselben Seiten herabgekehrt, die, unbekümmert darum, daß in Rußland Millionen verhungerten, ungezählte Summen russischer Gebe in Ausland werfen, um die Organisationen mit den schmutzigsten Mitteln zu bekämpfen, die für die hungernden Massen sammelten, Schindeln!“

Christliche Arbeitgeberverbände

In Heft 48 der in München erscheinenden „Allgemeinen Rundschau“ veröffentlicht der Syndikus Dr. Heinrich Lechta, Essen-Ruhr, einen Artikel, in dem er nach grundsätzlichen Erwägungen der Ansicht Ausdruck gibt, es sei an der Zeit, den schon vor einigen Jahren erhobenen Ruf nach einem Zusammenschluß der Arbeitgeber auf christlicher Grundlage erneut zur Erörterung zu stellen. Den Grundgedanken aus denen der Verfasser besteht, daß eine solche Organisation wesentlich zur Verständigung zwischen Kapital und Arbeit, zur Unterdrückung des Klassenkampfes und zur Zurückdrängung der materialistischen Weltanschauung beitragen würde, entnehmen wir nach der „Deutschen Arbeiterzeitung“ folgendes:

Eine notwendige Ergänzung der christlichen Arbeitnehmerorganisationen ist eine christliche Organisation der Arbeitgeber. Das Fehlen einer solchen Ergänzung wird sich rächen. Die Lage ist in Deutschland so, daß die christlichen Gewerkschaften bei der Vertretung der Belange ihrer Mitglieder wegen des Fehlens einer christlichen Arbeitgeberorganisation sich unterschiedslos gegen die Arbeitgeberseite schlechthin wenden und wenden müssen. Es kommt weiter hinzu, daß wegen des Fehlens einer christlichen Arbeitgeberorganisation die christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit als die Vertreter christlicher Wirtschaftsgrundsätze in Deutschland angesehen werden. Hierbei sind und bleiben sie aber doch immer, auch im Rahmen christlicher Wirtschaftsmoral, Vertretungen der christlichen Arbeitnehmer, deren Auffassung über manche wirtschafts- und sozialpolitische Frage doch von der der christlichen Arbeitgeber oft nicht unerheblich abweicht. Kein christlicher Arbeitgeber kann an diesem Gesichtspunkt vorbeigehen. Die Lage wäre wesentlich anders, wenn die christlichen Arbeitgeber ebenfalls von ihrer Weltanschauung aus ihre Wirtschaftsauffassung sowohl programmatisch wie auch bei den Einzelfragen, in denen sie anderer Auffassung sind als die christlichen Arbeitnehmer, zum Ausdruck bringen würden.

Wir haben in den letzten Jahren, aber auch früher schon, häufig den Eindruck gehabt, daß die Begründung von Arbeiterforderungen und Forderungen an die Wirtschaft mit Grundsätzen der christlichen Moral- und Gesellschaftslehre an vielen Stellen im Unternehmerlager als recht unangenehm empfunden würde. Die vorstehenden Darlegungen bestätigen diese unsere Auffassung. Dr. Lechta war bis vor kurzem Schriftleiter an der „Sonderzeitung für Rheinland, Westfalen und Ruhrgebiete“. Mehr als Versuche, die christliche Lehre zur Begründung von mehr oder weniger extremen Unternehmerinteressen aus- und zurechtzulegen, haben wir leider auch unter Dr. Lechta's Schriftleitung in der „Sonderzeitung“ nicht gefunden.

Rabfahrer und Einkommensteuer

Rabfahrer (Arbeiter, Angestellte, Beamte oder Geschäftsleute), welche zwecks Ausübung ihres Berufes ihr Fahrrad als unentbehrliches Beförderungsmittel und Verkehrsmittel benötigen, können die heute außerordentlich hohen Kosten für die Unterhaltung ihres Fahrrades bei der Einkommensteuer-Berechnung absetzen. Der Deutsche Rad- und Motorfahrerverband „Concordia“ e. V. in Bamberg, erhielt auf eine Anfrage vom Landesfinanzamt Nürnberg folgenden Bescheid:

Nach § 46 Abs. 2 Nr. 3 Unterabsatz 3 des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn kann auf Antrag eine Erhöhung der absetzbaren Werbungskostenabgeltung zugelassen werden, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zuzurechnenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1-7 des Einkommensteuergesetzes den Betrag von jährlich 1000 Mark an mindestens 1200 Mark übersteigen. Dieser Antrag ist vom Finanzamt einzureichen, das über dessen Genehmigung oder Ablehnung zu entscheiden hat. Ob allerdings die Kosten für Neuanschaffung von Fahrrädern als Werbungskosten mit ihrem vollen Anschaffungspreis zum Abzug zugelassen werden können, dürfte zweifelhaft sein.

Anträge auf Absetzung der Unterhaltungskosten eines Fahrrades wollen im eigenen Interesse der Beteiligten bis spätestens 31. Januar 1923 beim zuständigen Finanzamt gestellt werden.“

Es dürfte für jeden, der das Rad für den Weg zur Arbeitstätte oder sonstigen Beruf gebrauch, dieser Hinweis von großem Wert sein.

### Erwerbslosenfürsorge und Bauarbeiter

Der preussische Minister für Volkswirtschaft verweist in einem Erlass darauf, daß erwerbslosen Bauarbeitern gegenüber mit größtem Entgegenkommen bei der Gewährung von Erwerbslosenunterstützung angebracht sei, damit der erhebliche Mangel an Bauhandwerkern nicht noch vermehrt werde. Da im Hinblick auf die Unsicherheit der weiteren Entwicklung des Baumarktes nicht vorauszu sehen ist, ob der Mangel an Bauhandwerkern bei Beginn des kommenden Baujahres anhält, so empfiehlt der Minister für den Fall einer Fortsetzung der Bautätigkeit Vorkehrungen zu treffen. Insbesondere empfiehlt der Minister erneut, arbeitslosen Bauhandwerkern während der Frostperiode möglichst nur vorübergehende Beschäftigung zu vermitteln, nicht aber Stellen, aus denen sie erfahrungsgemäß nachher selten in den Bauarbeiterberuf zurückkehren.

Die letzte Feststellung verdient festgehalten zu werden. Wir erinnern uns nämlich der besonders lebhaften Stimmungsmache gegen die Bauarbeiter im letzten Sommer. Danach mußte man glauben, die Angehörigen aller möglichen anderen Berufe rissen sich geradezu darum, Bauarbeiter zu werden, von wegen der „außer gewöhnlich hohen Löhne“, natürlich. Und nun wandern Bauarbeiter in andere Berufe ab, aus denen sie, wie der Ministererlass feststellt, „erfahrungsgemäß nachher selten in den Bauarbeiterberuf zurückkehren“. Merkwürdig!

### Wirtschaftliche Bewegung

#### Feuerungsgesetz und Schornsteinbau

##### XIII. Festsetzung der Löhne

Gemäß § 33 des Reichslohn- und Arbeitsstarifgesetzes für feuerungstechnische Arbeiten vom 3. März 1922 werden folgende Sätze festgesetzt:

1. Von der Lohnwoche, in welche der 16. Januar fällt, wird der Grundlohn für Norddeutschland auf 456,55 M, für Süddeutschland auf 450 M festgesetzt. Danach stellen sich die zu zahlenden Löhne einschli. Geschirrgeld wie folgt:

	Norddeutschland	Süddeutschland
Feuerungsmaurer	502,20 M	495, — M
Schornsteinmurer	570,70 „	562,50 „
Schornsteinmurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind	557, — „	549, — „
Feuerungshelfer	479,40 „	472,20 „
Schornsteinhelfer	525,10 „	517,50 „

2. Die Reiseentfähigdung wird vom 2. Januar 1923 wie folgt berechnet:

Der feste Satz	502,20 M	495, — M
Kilometergeld	22,91 „	22,67 „

Die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbauarbeiterlohn einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll derartig sein, daß der Feuerungsmaurer stets 5 Prozent, der Schornsteinmurer stets 10 Prozent über dem Hochbauarbeiterlohn erhält; Helfer erhalten in diesem Falle den Hochbauarbeiterlohn. Geschirrgeld, Weggeld sind mit einbegriffen.

### Aus dem Verbandsleben

**Contwig.** In unserer gutbesuchten Versammlung vom 21. Dez. wurden nach einem ausführlichen Jahresrückblick des Kollegen Dauer (Saarbrücken) hauptsächlich Gemeindefragen besprochen, und zwar erkundete die Besprechung die Hoffarten unbeschädigt entlassen und hatte der Vorstand die nötigen Schritte zur Regelung der Angelegenheit schon unternommen; z. B.: Stellungnahme zum Ausschluß von zwei Gemeinderatsmitgliedern unseres Verbandes. Im Gemeinderat Contwig waren zwei Kollegen ausgeschieden, da dieselben dreimal nacheinander bei den Sitzungen ferngeblieben waren. Nach Angabe der Kollegen hatten dieselben ihre Gründe für ihr Fernbleiben. Trotz erster Bemühungen war es dem Vorstand nicht gelungen, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, und sollte deshalb die Veranlassung folgenden Beschluß:

Nachdem unsere Organisation die Angelegenheit des Ausschlusses der Gemeinderatsmitglieder unserer Richtung eingehend geprüft hat, beantragen wir sodann eine sofortige Klärung mit Aussprache der Beteiligten, und erwarten, daß was der diesbezügliche Beschluß umgehend geschieht. Sollte unserer Anfrage innerhalb 14 Tagen keine Erziehung zuteil geworden sein, sehen wir uns gezwungen, die Angelegenheit der Regierung zu übergeben.

### Aus der Gesamtbewegung

#### Die Organisation der Heimarbeiterinnen

Nach wie griffen so viele Frauenhände nach Heimarbeit, wie in diesen Zeiten wachsender Not. Frauen des Arbeiterstandes, um das Einkommen des Mannes zu ergänzen, Frauen des Mittelstandes, die nie im Erwerbsleben gestanden haben, nehmen Heimarbeit auf. Schon von Frauen, die nichts von Berufsorganisation wissen, ihre Arbeit nicht richtig bewerten, leben in großer Not und arbeiten zu Ermüdungen, als Arbeitsobjekte für den Arbeitgeber, als Lohnrückhalterinnen für die Kreditgeberinnen, organisieren Kolleginnen. Hoffen wir, daß diese Heimarbeiterinnen heran zu kommen, steht die über die Bedeutung des Zusammenhanges an, weiß ihnen den Weg zum Gewerkschaftsverein der Heimarbeiterinnen!

Der Gewerkschaftsverein arbeitet seit zwei Jahrzehnten an der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Heimarbeiterinnen, an der Befreiung der Verhältnisse in der Heimarbeit. Seine Erfolge sind bekannt. Er hat Schutzbestimmungen für die Heimarbeiterinnen erreicht (z. B. Kranken- und Invalidenversicherung); er beschützt die Heimarbeiterinnen zur Selbsthilfe und sichert ihre Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifverträgen. Er stützt die Mitglieder und hilft ihnen in allen Berufsangelegenheiten. Wollt ihr den vereinigten Heimarbeiterinnen, die so hilfsbedürftig sind, von denen viele den Anschluß suchen, nicht zu der Zugehörigkeit zum Verband verheßen? Die Unorganisierten sind sehr im Nachteil; andererseits sind sie ein rechtes Hindernis für die Berufsorganisation. In Zeiten flauen Geschäftsganges wächst die Gefahr der Umgehung von Tarifverträgen, der Unterhöhnung des Tarifbaus. Nur eine starke Organisation bietet dagegen Schutz. Drum, da ihr die Notwendigkeit der Organisation anerkennt, stärkt die Reihen des Gewerkschaftsvereins durch Ausklärung und Ueberzeugung von Werbedressen an die Ortsgruppen, bezw. an die Hauptgeschäftsstelle, Berlin W 30, Kollendammstr. 15.

#### Unfall des Kollegen Stegerwald

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollege Stegerwald, ist in den ersten Januar Tagen von einem bedauerlichen Mißgeschick betroffen worden. Gelegentlich einer Jagung in Essen stürzte er infolge eines Fehltritts die Treppe herab. U. a. waren erhebliche Verletzungen des Rückens die Folge. Kollege Stegerwald wird gezwungen sein, mehrere Wochen seine Tätigkeit ruhen zu lassen. Daß er recht bald und völlig von den Folgen des Unfalles genesen wird, ist der Wunsch aller Angehörigen der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

### Bau-Rundschau

#### Ueber die Lage des Baugewerbes im Dezember

berichtet das Reichsarbeitsblatt Nr. 2:

Allgemeine Lage: Infolge der vorgezeichneten Jahreszeit, der Kapitalknappheit und der hohen Baumaterialpreise, aber auch wegen der unzureichenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nahm die Bautätigkeit vielfach weiter ab. In Sachsen und Brandenburg war zwar eine Belebung des Arbeitsmarktes infolge günstigen Wetters zu beobachten, während dagegen z. B. in Bayern anhaltendes Regenwetter die Bautätigkeit fast lahmlegte.

Beschäftigungsgrad. Beschäftigungsmöglichkeit fast für alle Berufe geringer geworden, besonders für Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer, Maler und Pfisterer. Töpfer und Dachbeder noch leidlich beschäftigt. In Bremen wurde eine größere Anzahl Maurer auf einer Schiffswerft untergebracht, in Westfalen ungenügende Arbeitnehmende vielfach mit Notstandarbeiten beschäftigt.

Auch auf dem durch Frachtpreiserhöhung stark beeinträchtigten Baumaterialienmarkt zunehmende Stille. Das Angebot in sämtlichen Bauartikeln, mit Ausnahme von Portlandzement, überwiegt die Nachfrage.

#### Der Bauzustand unserer Holzwirtschaft

Ueber den ungeheuerlichen Holzwucher ist in der letzten Zeit so viel von uns geredet und geschrieben worden, daß man allmählich beginnt, die Geduld zu verlieren. Bei diesem Langholz sind wir auf dem 10 000fachen, beim Papierholz auf dem 8000fachen und beim Grubenholz auf dem 12 000fachen der Friedenspreise angekommen. Das bedeutet, daß die Holzpreise 4-6 mal so viel als der Kurs des Dollar in die Höhe gegangen sind. Dieser Zustand bedeutet eine so schamlose Verelendung der Forstbesitzer zu Lasten der gesamten Holzverbraucher, daß man nur über das eine kann sagen, daß die Deffektivität sich diesen Stand so ruhig und geduldig gefallen läßt.

Man hatte vielfach gehofft, daß diese Preisentwicklung nicht lange anhalten würde, daß über kurz oder lang bei Gelegenheit der großen Holzpreiserhöhungen ein starker Preisrückgang einsehen würde. Darin scheint man sich jedoch ganz geirrt zu haben. Ein typisches Bild von der gegenwärtigen Lage auf dem Holzmarkt gewährt die große Buchenholzpreiserhöhung, die am 3. und 4. Januar d. J. in Northeim stattfand. Hier wurden insgesamt 42 554 km sowie 9265 rm Buchenholz vor etwa 600 Kaufinteressenten ausbezogen. Diese gar nicht einmal sehr große Holzmenge — die knapp den 700. Teil der deutschen Jahresproduktion darstellt — wurde schließlich von 83 Firmen für den Riesenpreis von 6 1/2 Millionen Mark wegkauft. Die Preise schwankten zwischen 50 000 und 220 000 M. Der Durchschnittspreis beträgt circa 130 000 M, was gegenüber einem Friedenspreis von 12 M eine Vertiefung auf das 11 000 fache darstellt.

Kuhniener dieser Riesenpreise ist der preussische Staat als der Besitzer des vorstehenden Holzes. Die weiteren Käufer sind die Händler, deren prozentuale Verdienstausschläge dadurch ins Ungemessene wachsen und dann vor allem die privaten Forstbesitzer, die bei ihrer eigenen Verkauft ähnliche Preise erzielen werden. Der leidende Teil ist das Baugewerbe und die übrigen Holzverbraucher, letzten Endes die Allgemeinheit, auf deren Köpfe zu all dem vielen Ueberfließen noch diese neue Last der Holzpreise aufgeladen wird.

So geht das auf die Dauer unter keinen Umständen weiter. Denn schon kostet das Randholz für eine einzige

Bohrung circa zwei bis drei Millionen Mark! Insbesondere mit dem Forstfiskus muß einmal eine deutliche Sprache geredet werden. Hier sitzen jene Kreise, die jedes entschiedene Vorgehen der Regierung gegen den Holzwucher immer wieder von vornherein ablehnen. Ein gewisser „Resortpartikularismus“ mag wohl berechtigt sein. Wo er sich aber zum ausgesprochenen Wucher auswächst und der Allgemeinheit schwersten Schaden zufügt, kann er gar nicht scharf genug bekämpft werden! Es ist verständlich, wenn die privaten Forstbesitzer sich auf das Beispiel des Staates berufen und für sich die gleiche Wucherfreiheit fordern. So treibt ein Teil den anderen und zum Schluß wird der ganzen Verbraucherschaft das Fell über die Ohren gezogen.

Wir fordern deshalb mit allem Nachdruck, daß mit diesem staatlichen Resortpartikularismus endlich einmal Schluß gemacht wird. Wir fordern, daß die Regierung sich nicht wie bisher von ihren Forstleuten von einer entschiedenen Bekämpfung des Holzwuchers abhalten läßt.

In praktischen Vorschlägen dazu hat es von unserer Seite nicht gefehlt. Wir verlangen die reichsrechtliche Regelung der gesamten Holzwirtschaft durch die Bildung eines Holzlieferungsverbandes, der das gesamte für die Allgemeinheit nötige Holz zu normalen Preisen aufzubringen hat. Wir glauben uns in Uebereinstimmung mit den breiten Schichten unseres Volkes, wenn wir nochmals klar und deutlich erklären, daß weitere Laufen von der Allgemeinheit für den Wohnungsbau nur dann übernommen werden können, wenn die Regierung mit der Bekämpfung des Bauholz- und namentlich des Holzwuchers endlich einmal Ernst macht!

#### Neue Zementpreise

Seit dem 15. Januar beträgt der Preis für 10 t Zement:

im Gebiete des nordd. Verbandes	485 724, — M
„ „ „ rhein.-westf. Verbandes	461 124, — „
„ „ „ süddeutschen	506 724, — „

Damit haben die Preise den 1400fachen Satz der Vorkriegszeit erreicht. Der Kleinhandelspreis für einen Sack Zement (50 kg) ohne Fracht und Verpackung beträgt also:

in Norddeutschland	3 157, — M
„ „ „ im Westf.	2 997, — „
„ „ „ Süddeutschland	3 294, — „

### Briefkasten der Redaktion

**Poltere, Offen.** Familienanzeigen können in der „Baugewerkschaft“ nicht veröffentlicht werden. Gruß.

### Bekanntmachung

**Achtung!** **Vertrauensleute des Eichsfeldes!** Bei der Einleitung der Winteragitation habe ich für die einzelnen Orte Fragebogen über den Stand unseres Verbandes in den einzelnen Orten mitgebracht und gebeten, diese Fragebogen genau ausgefüllt bis zum 15. 1. zurück zu senden. Dem ist leider nur ein Teil der Ortsgruppen und Winterzweigen nachgekommen; große Orte, in denen wir ständige Mitglieder haben, sandten den Fragebogen noch nicht ein. Ich möchte daher auf diesem Wege die Kollegen nochmals dringend ersuchen, den Fragebogen sofort einzusenden. Nur dann, wenn alle eingegangen sind, ist die Feststellung vollständig, und nur dann hat sie Zweck. Kommen die säumigen Kollegen meinem Ersuchen nicht nach, ist alle Arbeit umsonst gewesen, auch ist dann Porto und Papier unnütz verschwendet, aber nur durch die Schuld der säumigen Kollegen. B. Bumbrod, Hannover, Steinortfeldstraße 2.

### Sterbetafel.

In der Woche vor Weihnachten starb nach kurzer Krankheit unser treues Mitglied **Fritz Hilger**. Ortsgruppe **Fretter**. Am 29. Dezember 1922 starb unser treues Mitglied **Anton Will** aus Niederaltbach im Alter von 59 Jahren an Grippe. **Verwaltungsstelle Falda**. Am 31. Dezember 1922 starb nach achtmonatlicher schwerer Krankheit unser treuer Kollege **Bernhard Beltrung** im Alter von 59 Jahren an inneren Leiden. **Verwaltungsstelle Heilsfeld**. Am 11. Januar 1923 starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle, der Maurer **Anton Dachholder** im Alter von 73 Jahren. **Verwaltungsstelle Heilsfeld, Dhr.** **Ehre ihrem Andenken!**